

Janua

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Die proletarische Linke. — Das Recht des Stärkeren. —
Amnestie auch in Rußland. — Kütz, der Derzeitige. — Der
Geist von Locarno. — Deutschland braucht Kolonien. —
Verdorben gestorben. — Poeta laureatus.



Jahrgang 1

BERLIN

Dezember 1926

PREIS 30 DFG.

Nr. 3

DREIS 30 DFG.



Liebe

Roman von Helene Stöcker

6.—11. Auflage

Ganzleinen RM. 6.50

In englischer Uebersetzung im Verlag

Thomas Selzer, New York

Ueberwältigend groß ist der Wert und Wahrheitsgehalt dieses wundervollen Buches.

Prof. Dr. Paul Kammerer, Wien

Das ist wohl das bedeutendste Buch, das je eine Frau über die Liebe geschrieben hat. Eine Offenbarung

Freiheit, Königsberg.

Die Neue Generation

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

Monatsschrift, Jahresabonnement RM. 8.—

Die Lektüre der von Helene Stöcker vorzüglich geleiteten „Neuen Generation“ sollte jeder Frei- und Vorwärtsdenkende empfehlen und verbreiten, da diese Zeitschrift überhaupt als eine der besten in deutscher Sprache zu werten ist.

Welt am Montag.

„Die neue Generation“ ist eine der tapfersten und zugleich ideenreichsten Zeitschriften auf dem ganzen Gebiet der Sexualreform.

Bertram Lloyd.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker — Preis 1 RM.

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.

Die schaffende Frau.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
sowie durch den

VERLAG DER NEUEN GENERATION

Berlin-Nikolassee, Münchowstraße 1

FANAL

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 3

Dezember 1926

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, (Aust. 2,05) jährlich RM. 3,50, (Aust. 4,10), ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

Die proletarische Linke.

Proletarische Linke! Das ist eine ganz dumme Ueberschrift. Sie bezeichnet nicht im geringsten das, wovon hier die Rede sein soll. Sie ist nur eine Konzession an einen albernen Sprachgebrauch, eine Konzession, die notwendig ist, damit der revolutionäre Proletarier, von schlechten Schlagworten gegen klare Formulierungen abgestumpft, auf den Inhalt des Artikels vorbereitet sei.

Die politische Scheidung von Rechten und Linken ist ursprünglich eine Uebung parlamentarischer Zweckmäßigkeit. Die Auszählung der Stimmen durch den Präsidenten wird erleichtert, wenn er die Gruppen, die in der Regel gemeinsam stimmen, zusammen auf einer Seite vor sich sieht; so wurde es allmählich in allen Ländern Brauch, daß die systemerhaltenden Parteien zur Rechten und die grundsätzliche Opposition zur Linken des Wortführers Platz zu nehmen hatten.

Die proletarische Linke war in Deutschland vor der Zerspaltung und Zersplitterung der marxistischen Sozialisten unbestritten die sozialdemokratische Partei, denn sie allein stellte in den Parlamenten außerhalb der bürgerlich-liberalen Opposition die Vertreter proletarisch organisierter Wähler. Heutzutage versteht man unter der proletarischen Linken allenthalben den revolutionär entschlossenen Teil des Proletariats im Gegensatz zur unrevolutionären proletarischen Rechten. Daß die Ausdrucksweise dem Parlament entstammt und nur im Zusammenhange mit parlamentarischen Sitten Sinn hat, ist selbst bei den strammsten Antiparlamentariern in Vergessenheit geraten, die mit der stolzen Betonung ihrer Linksheit ungewollt die parlamentarischen Vorstellungen im Proletariat stärken und beleben. Allenfalls mag man sich für

revolutionäre Antiparlamentarier das neuerdings von bolschewistischen Sprachbereicherern eingeführte Prädikat „ultralinks“ gefallen lassen. Ultra ist eine lateinische Präposition und heißt auf deutsch jenseits. drüber hinaus. Ein Ultralinker ist also einer, der noch jenseits der äußersten Linken des Parlaments steht, der seinen Platz über die Bänke der proletarischen Linken hinaus, somit außerhalb des Sitzungssaals hat. Die Anwendung freilich, die der neue Begriff bis jetzt findet, als moralhaltiges Schimpfwort gegen anti-revisionistische kommunistische Partei-Parlamentaristen, entbehrt nicht der Komik. Immerhin ist es anständiger und den gemeinsamen Interessen des revolutionären Proletariats dienlicher, die radikaleren Genossen Ultralinke zu nennen und sich mit diesem Wort gesinnungsmäßig von ihnen abzugrenzen, als daß man sie, wie es leider bei der Führung der Kommunistischen Partei üblich geworden ist, persöhnlich suspekt macht und die Ehrlichkeit ihrer Ueberzeugung verdächtigt.

Der Titel „Die proletarische Linke“ ist für diesen Artikel gewählt, weil er, trotz seiner parlamentarischen Herkunft, bei unsrer Armut an allgemein verständlichen Begriffen, noch am umfassendsten die Bewegungen zu bezeichnen scheint, die, wenigstens im subjektiven Wollen, der proletarischen Klasse die revolutionäre Mission der Beseitigung der bourgeoisen Klassendiktatur und die Ueberführung des kapitalistischen Staats in sozialistische Gesellschaftsformen mit den Mitteln des Aufstandes und des Umsturzes zuerkennen. Die Sozialdemokratie scheidet bei dieser Betrachtung selbstverständlich aus; sie rangiert längst als konservativste Partei des gegenwärtigen Staatssystems auf völlig bürgerlich-demokratischen Geleisen und ist sogar da schon vom fortschrittlichen Geist pazifistischer Republikaner weit überholt worden. Auch die Unabhängigen Sozialdemokraten können in diesem Zusammenhange übergangen werden. Ihr Streben beschränkt sich doch zu einseitig auf die Zurückleitung der Arbeiterschaft zu den Traditionen der Sozialdemokratie mit Bebels Deklamationen und Eisners Reformatoren-Romantik. Es sind aufrichtige und sympathische 48er, aber fast 80 Jahre Kapitalismus und Imperialismus haben einige Voraussetzungen ihres Idealismus erschüttert. Etwas anderes ist es mit Le-debours Sozialistischem Bund — der mit Gustav Landauers revolutionärer Tatgemeinschaft nichts als den Namen gemeinsam hat —; hier scheint mir das Bett gegraben zu sein, in dem, vielleicht garnicht in sehr langer Zeit, die vom kapitalistischen Polizeigeist ihrer Minister-Anwärter abgestoßenen Massen der Sozialdemokratie mit den resignierenden Scharen der Kommunistischen Partei in breitem Strom zu der großen, einigen, im Parlament zu

grundsätzlicher demonstrativer Opposition vereinten sozialistisch-kommunistischen deutschen Arbeiterpartei zusammenfließen werden. Hier wird dann wieder eine „proletarische Linke“ im eigentlichen Sinne ihrer parlamentarischen Bedeutung Leben gewinnen und vielleicht als Sammelbecken der Kräfte wirken, die dem ersten revolutionären Schläge der konzessionsfeindlichen radikalen Minderheit die Sicherung des Erfolges durch das Eingreifen der Massen folgen lassen. Die trüben Erfahrungen, die die deutschen revolutionären Arbeiter bisher mit dem übersteigerten Partei-Zentralismus gemacht haben, lassen hoffen, daß sie sich in der Stunde der Erhebung die Direktiven nicht wieder von beamteten Führern, sondern aus der Erkenntnis des eigenen revolutionären Gewissens holen werden.

Was sich im Augenblick innerhalb der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung vollzieht, ist, bei allen betrübenden Erscheinungen der Prozedur, eine Gesundheits-Operation. Es ist keineswegs eine Widerlegung des Parteiprinzips, daß jetzt die K.P.D. sich zur Massen-Amputation von Gliedmaßen der linken Seite genötigt sieht. Es ist aber eine Widerlegung des Wahnes, als ob je und irgendwo eine Partei die historische Berufung haben sollte, durch ihren zentralen Verwaltungsapparat Revolutionen anzusetzen, zu leiten, durchzuführen, zu begrenzen und in ihrem Verlauf zu bestimmen. Eine zentralistische Partei hat alle Eigenschaften eines zentralistischen Staates und jeder andern zentralistischen Organisation, die Eigenschaften nämlich, die einen Mechanismus von einem Organismus unterscheiden. Es kann so wenig Selbstbestimmung von Parteimitgliedern geben, wie es Selbstbestimmung von Staatsbürgern geben kann. Initiative ist Angelegenheit derer, die mit der Aufgabe angestellt sind, Initiative innerhalb bestimmter starrer Vorschriften zu entfalten. In der Starrheit der Vorschriften erstarrt auch die Initiative der beamteten Initiatoren. Dagegen empört sich der Aktivitätsdrang der menschlichen Natur und so entsteht Bewegung, die den Parteirahmen zu erweitern sucht. Parteirahmen aber lassen sich nicht erweitern, sie lassen sich nur sprengen, und das hieße Zerstörung der Partei, die bei ihren Betreuern vermöge ihrer Struktur wie jeder zentralistische Apparat längst Selbstzweck geworden ist. Es ist klar, daß das Bestreben, eigene Initiative zu entwickeln, in einer Partei stets grade bei den Mitgliedern zu oppositioneller Aktivität drängt, deren revolutionäres Empfinden der Erstarrung im Bürokratismus am längsten trotzt. Die Monopolisierung der revolutionären Initiative für eine Parteileitung bedeutet also die Verdrängung jedes rebellischen Geistes, den Verzicht auf Rausch und Feuer im elementarischen Geschehen

der schöpferischen Stunde, bedeutet Welterneuerung in der Retorte nach den in behaglicher Muße ertitelten Formeln eines Rechenexempels. Die Ausschlüsse der Linksoption aus der K.P.D. sind Notwehrakte derer, die, ohne selbst die Erstarrung der Partei zu empfinden, doch mit vollem Recht die Behinderung dieses Vorgangs als Angriff auf das Leben der Partei auffassen. Daß diese Krise der Kommunistischen Partei grade jetzt zur Auswirkung kommt, ist bei dem Abhängigkeitsverhältnis der Partei von der russischen Parteiregierung selbstverständlich. Da heute niemand mehr das Absterben des in Rußland den Sowjets übergeordneten Staates behauptet, sondern der Streit nur noch darum geht, ob die Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse als sozialistischer Aufbau innerhalb des Staates zu gelten habe oder nicht, stößt dieser Staat alle seine endgiltige Stabilität gefährdenden Elemente aus, und dieser Prozeß überträgt sich fast automatisch auf seine als Keimzellen im Ausland etablierten Partei-Filialen.

In Rußland ist man der Ueberzeugung, daß der Kapitalismus im europäischen Westen sich wieder befestigt habe, daß also die Bedingungen zu einer sozialen Revolution vorläufig nicht mehr gegeben seien. Daraus ziehen die in Staat und Partei maßgebenden Persönlichkeiten die logisch einwandfreie Folgerung, daß Sowjetrußland sich mit der kapitalistischen Umwelt abzufinden habe und daß die Kommunistischen Parteien des Auslands sich innerhalb des geordneten kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsbetriebes als Dauer-Opposition einrichten müssen. Diese von Stalin und Bucharin vertretene Auffassung mag unrichtig sein — ich bin der unumstößlichen Meinung, daß sie verhängnisvoll falsch ist —, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß ein straff diszipliniertes, bis zur äußersten Zuspitzung zentralisiertes Gebilde wie die Kommunistische Internationale, will sie ihre Struktur, die ihr Wesen ist, nicht preisgeben, von ihren Mitgliedern die Unterwerfung unter ihre noch so verkehrten Anschauungen verlangen kann, da doch das gesamte praktische Verhalten der Partei, um einheitlich zu sein, von der unbedingten Anerkennung der von oben diktierten Anschauungen bestimmt wird. Die K.P.D. hat das unbestreitbare Recht, sich wie jede andre Vereinigung diejenigen Statuten zu geben, die ihr richtig scheinen. Wer mit den Statuten einer Vereinigung nicht einverstanden ist, gehört nicht hinein. Mit dem Ausschluß der Opposition stärkt die Partei trotz zahlenmäßiger Verluste ihre ideologische Position, verliert aber zugleich den letzten Anspruch auf die Führung der Revolution, deren Akutwerden in abschätzbarer Zeit sie selbst ja für so unwahrscheinlich hält, daß sie ihre gesamte Politik dem Fortbestehen der gegenwärtigen Verhältnisse anpaßt.

Ob die revolutionsgläubig gebliebenen Genossen der K.P.D. nach ihrem Ausschluß eine neue parlamentarische kommunistische Partei links der offiziellen werden aufbauen können, hängt davon ab, was sie den 3 Dutzend Tageszeitungen der alten Partei an Werbemitteln entgegenzustellen ermöglichen. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien nach einer regulären Spaltung wird nicht größer sein als seinerzeit der zwischen S.P.D. und U.S.P.; die theoretische Basis bleibt die gleiche, aber die verschiedene Abschätzung der augenblicklichen historischen Situation schafft Differenzen über die anzuwendende Taktik, die eine organisatorische Trennung bedingen, bis klarere Sicht die Wiedervereinigung möglich macht. Das rüde Schimpfen in beiden Lagern sollte nicht allzu wichtig genommen werden. Erbitterte Liebe tobt immer ärger als sachliche Feindschaft, und meinen Geifer kann ich nur dem ins Gesicht spucken, der mir ganz nahe steht.

Liest man die Blätter der antiparlamentarischen Marxisten, so möchte man glauben, es gäbe in der ganzen Welt überhaupt nichts andres mehr anzufeinden als die Kommunistische Partei und ihre russischen Kommandeure.

Allenfalls übertroffen wird die Ruppigkeit der Tonart, mit der die linkskommunistischen Blätter die Zentrale-Anhänger und die Partei-Offiziosi die linke Opposition regelieren, nur noch durch den Jargon, mit dem sich die Linken untereinander die marxistische Bibel auslegen. Auch da stellen immer die Richtungen, die einander ideologisch am nächsten verwandt sind, im Kampf gegeneinander die Rekordleistungen auf. Die Wortführer der K.A.P.D. und die der A.A.U.E. gießen in der letzten Zeit Schlammkübel übereinander aus, als ob es Schande wäre, mit dem andern die gleiche Luft zu atmen; dabei ist die ganze Sturzflut von Schimpf-Unflat nur die Wirkung des Scheiterns erst vor kurzem geführter Einigungsverhandlungen. Der junge Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen, der doch die Grundlage eines Kartells aller revolutionären Organisationen schaffen wollte, beteiligt sich kräftig an dem mißbötigen Konzert und beweist damit, daß das unbedingt anzustrebende Bündnis zwischen den proletarischen Revolutionären Deutschlands anders geartet sein muß als der eigentümliche Dreibund, dessen Versuch verdienstvoll war, aber an seinen Inkonsequenzen zerschellen mußte.

Die Festlegung des Spartakabundes auf die marxistische Theorie schloß von vornherein eine große Anzahl bester kommunistischer Revolutionäre aus und zog wiederum die Schranke nur gegen links: gegen die Bakunisten. Gleichzeitig verpflichtete das Kartell die zum Anschluß bereiten Organisationen auf die Prin-

zipien nur einer der drei Körperschaften, die sich zunächst zusammenfanden, der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation). Das Parteiprinzip, die Beteiligung am Parlamentarismus und an staatlich-legalen Einrichtungen sowie jegliche Gewerkschaftspolitik wurde verworfen, während doch die Katz-Gruppe ausgesprochenen Partei-Charakter trägt, auch noch durch mehrere Vertreter am parlamentarischen Leben teilnimmt und der Industrieverband des Verkehrsgewerbes eine gewerkschaftliche Korporation ist, die an gesetzlichen Betriebsrats-Wahlen teilnimmt. Das Programm des Spartakusbundes ist zu eng und seine bisherige Wirksamkeit war viel zu sehr die Schaustellung einzelner rednerisch geübter Führer, als daß größere revolutionäre Massen sich zu diesem Kartell sollten drängen mögen. Dennoch ist Kartellierung der Revolutionäre die organisatorische Lösung des Problems der proletarischen Einheitsfront. Ich verkenne gewiß nicht die zahllosen Schwierigkeiten, die sich dem Bündnis im Bekenntnis und im taktischen Operieren weit unterschiedener revolutionärer Formationen entgegenstellen. Die Sekten-Verbissenheit bei den meisten Anarchisten — mit deren Tugenden und Nachteilen sich demnächst ein besonderer Aufsatz befassen soll, ein weiterer mit den proletarischen Jugendbewegungen —, auf der andern Seite die autoritative Alleswisserei sämtlicher marxistischer Richtungen kann nicht anders in ein dauerhaftes kameradschaftliches Verhältnis gebracht werden, als durch eine Föderation mit den Gesichtspunkten, die den Sektionen der Allgemeinen Arbeiter-Assoziation bei der Aufrichtung der Ersten Internationale maßgebend waren: völlige Autonomie aller angeschlossenen Gruppen, Verbände und Individuen, aber regelmäßige Verständigung durch räteartige Delegationen über den gemeinsamen Kampf gegen das kapitalistische System und für die internationale Solidarität der proletarischen Klasse.

Die Zersplitterung und Zersetzung der sogenannten linken Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung kann, richtig verstanden und benutzt, zur Genesung des durch zentralistische Irrtümer, katechisierte Theorien und autoritäre Mißleitung in Reformismus und Opportunismus geratenen Klassenkampfes führen. Keine Verbreitung und Verkittung der Splitter ist nötig, sondern ihre Sammlung zu gelegentlichen gemeinsamen Aktionen. Der bevorstehende schwere Winter wird nicht vorübergehen, ohne daß die Reaktion gegen Hungersnot und Verzweiflung den § 48 aus dem Fach holen wird. Dessen Ruten schlagen auswahllos auf alle Revolutionäre. Die Reaktion, in Weltanschauung, politischem Glauben und staatsbürgerlicher Denkweise mindestens ebenso zerrissen wie die revolutionäre Arbeiterschaft, ist — gestützt auf die zum

Kampf gegen die proletarische Revolution zum äußersten entschlossene Sozialdemokratie — in der Verteidigung der kapitalistischen Ausbeutungs-Privilegien ohne jede zentrale Befehlsgewalt unlöslich verbunden. Das Klassengefühl einigt sie. Das einigende Band des Klassengefühls ist auch beim revolutionären Proletariat vorhanden. Es muß nur erfaßt werden, und es kann nicht reißen, wenn alle, die sich daran halten, erfüllt sind vom Glauben an die revolutionäre Mission des Proletariats und vom unbeirrbar Willen zum Kampf!

Das Recht des Stärkeren.

Die Justiz im Staate hat mit Gerechtigkeit so viel zu tun wie der Beischlaf im Bordell mit Liebe. Es gibt Mädchen mit heißem Blut, bei denen starke Sinnlichkeit die Berufswahl bestimmt hat und die auch im Tarif ohne Ansehen des Bettkunden echte Zärtlichkeit verschleißen. Es sind Ausnahmen. Es gibt Richter mit sozialem Verständnis, bei denen starkes Rechtsbewußtsein die Berufswahl bestimmt hat und die sich bemühen, ohne Klassenvorurteil, niemandem zu Leide zu erkennen und zu entscheiden. Es sind Ausnahmen. Die Regel bilden geldgierige Huren und klassenbefangene Juristen. Ein Unterschied besteht: eine Hetäre in seinem Institut ist für den Bordellwirt das große Los; sie lockt Männer an, bringt Gewinn ins Haus. Ein gerechter Richter ist für seinen Auftraggeber, die kapitalistische Gesellschaft, eine Katastrophe; er schädigt den Charakter der Staatsjustiz, er beugt das Recht, das das Fundament des Klassenstaats ist: das Vorrecht des Stärkeren.

Kürzlich griff mich in einer kommunistischen Partei-Zeitschrift ein unter die Rezensenten gegangener einstiger Zellennachbar von Niederschönenfeld an, weil ich in meiner Apologie für Max Hoelz die echt anarchistisch-individualistisch-kleinbürgerlich-naive Ideologie enthülle, von der bürgerlichen Gesellschaft „Gerechtigkeit“ zu begehren, die ich nicht einmal in Anführungsstriche gesetzt hätte, und die Rote Hilfe bekommt zugleich eins aufs Dach, da sie sich zur Herausgabe und Verbreitung derart unmarxistischer Wirrheiten hergebe. Abgesehen davon, daß mir die marxistischen Schulweisheiten schon erheblich länger geläufig sind, als mein Kritiker sein Parteibüchel in der Tasche hat, geht die Belehrung, die er mir freundlichst zuteil werden läßt, auch daneben. Wenn ich von der bürgerlichen Gesellschaft Gerechtigkeit verlange, so bedeutet das noch nicht, daß ich sie erwarte. Meine Schrift dient dem Nachweis, daß die Bestrafung des Genossen Hoelz zu lebenslänglich Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust aus einem tendenziösen Klassenurteil erwachsen ist, und daß der Staat bei ordnungsgemäßer Anwendung seiner eigenen Gesetze dieses Urteil aufheben müßte. Wer vom Staat verlangt, er solle nach seinen Verfassungs-Bestimmungen handeln, verlangt in der Tat von ihm diejenige Gerechtigkeit, die seinen eigenen Definitionen entspricht, und

erst, wenn die Staatsgesetze so lange gebogen, verkrümmt, gestreckt und ausgelegt sind, bis sie das Gegenteil dessen begründen, was sie besagen, läuft diese Gerechtigkeit auf den gewünschten Gänsefüßchen. Von der bürgerlichen Gesellschaft Gerechtigkeit fordern, heißt also die Bourgeoisie stellen: entweder ihr übt wirklich Gerechtigkeit, dann müßt ihr für Max Hoelz das Wiederaufnahmeverfahren zulassen, bei dem seine Verurteilung nicht bestehen bleiben kann, oder ihr müßt, da ihr ja die Fiktion des Rechts wahren wollt, Gesetzverrenkungen vornehmen, die uns als Beweismittel bei illusionsumdämmerten Zeitgenossen dienen werden, daß euch eure Klasseninteressen mehr gelten als die von euch selbst zum eigenen Vorteil geschaffenen Gesetze. Seit dem Erscheinen der Broschüre, deren starker Absatz bei den Arbeitermassen Titel und Inhalt zu rechtfertigen scheint, hat der Kampf um die Gerechtigkeit für Max Hoelz in schärferen Formen als je eingesetzt. Der Strafvollzug arbeitet mit neuen und vermehrten Schikanen gegen den Gefangenen, versucht ihn zu Unbesonnenheiten zu provozieren, um seine Position den Instanzen gegenüber zu erschweren, die sich zur Zeit mit seinem Fall neuerdings beschäftigen müssen. Der Genosse, der am 30. März 1921 den tödlichen Schuß auf den Rittergutsbesitzer Heß in Roitschgen abgab, dessen man Hoelz schuldig fand, hat sich jetzt den Behörden freiwillig gestellt. Dieses Ereignis setzt nur den letzten Stein auf das riesige Beweisgebäude, das das Verdikt des Ebertschen Sondergerichts gegen Hoelz als ein Fehlurteil scheußlichsten Formats überführt. Die 5½ jährige unverdrossene gewaltige Arbeit, die dieses Gebäude errichtet hat, ist fast ganz von dem Anwalt geleistet worden, der schon bei seinem Prozeß als Verteidiger neben Max Hoelz gestanden hat, dem Genossen Justizrat Victor Fraenki, und es ziemt sich, ihm den Dank dafür zu zollen, daß jetzt andre den Kranz zum Richtfest befestigen dürfen. Noch ist die Arbeit für Hoelz' Befreiung nicht zu Ende. Die Klassenjustiz wird ihr Opfer nicht kampflos aus den Fängen lassen. Sie fühlt sich noch als der Stärkere im Kampfe, und sie weiß, daß das Recht des Stärkeren gilt. Es kommt darauf an, das Rechtsgefühl des Proletariats mit solcher Kraft gegen das Machtbewusstsein der Klassenjustiz aufprallen zu lassen, daß der solidarische Massendruck der Stärkere wird. Das Recht dieses Stärkeren wird dem Genossen in Groß-Strehlitz die Zuchthausstore aufreißen; der gestrenge Rezensent aber wird aus der einzigen Schublade seiner geistigen Kommode, der er seine marxistische Gesellschaftskritik entnommen hat, auch noch die dort lagernde dialektische Betrachtungsweise hervorholen, die ihm die Erreichbarkeit der Gerechtigkeit für Max Hoelz ohne Anführungsstriche erkennen lassen wird, sofern er wie jeder Revolutionär ihr den besten Teil seines kritischen Dranges zu widmen bereit ist.

Selten hat sich ein Richter so wenig Mühe gegeben, im Ausüben der Klassenjustiz seine Absicht, das Recht des Stärkeren zu sprechen, hinter et-

welcher Vulgärethik zu verbergen, wie Herr Weßling in Landsberg an der Warthe. Er war so peinlich offenherzig in seiner Parteinahme für seine Klassen- und Gesinnungsgenossen auf der Anklagebank, daß er wegen Methoden-Verrats zur Rechenschaft gezogen werden soll. Wenn es wirklich dazu kommen sollte, so wird man ihm den Pelz waschen, ohne seine Schützlinge naß zu machen. Viel neues hat der Landsberger Feme-Prozeß nicht gebracht; aber es war hübsch von Herrn Weßling, daß er im Gegensatz zu seinen Vorgängern das Publikum zusehen ließ, wie es gemacht wird, daß nicht viel neues zum Vorschein kommt. Angegangenes Fleisch wäscht man mit Essig ab, aber es empfiehlt sich, es zuvor auseinander zu schneiden, weil man sonst aus den inneren Teilen den Verwesungsgestank schwer herausbringt. Nach diesem Rezept verfuhr der Richter: er vierteilte den Prozeß, damit der Hautgout des Falles Gröschke nicht in den von der Lauge des Wohlwollens leichter ätzbaren Fall Gädicke hinübergriffe und der Erreger des Aasgeruchs, Herr Oberleutnant Schulz, dem Vaterlande erhalten bleibe. Auf solche Weise gelang es, die armseligen Werkzeuge der Mordregie ins Zuchthaus abzuschleppen und dem sadistischen Vieh Klapproth das Leben zu retten; — was bedeuten ihm 15 Jahre Zuchthaus, da er von dem Richter, der sie ihm zudiktierte, drei Tage später als ein „ums Vaterland verdienter Mann“ schon zur Behandlung à la Arco, Ehrhard, Roßbach, Hitler, Vogel, Zwengauer und der ganzen Rotte empfohlen wurde, deren schurkische Patrioten-Taten ausnahmsweise prozessiert wurden. Die Mordopfer wurden madig gemacht, und Schulz wurde freigesprochen, weil Geßler nicht kompromittiert werden sollte. Die Tatsachen, die mit dem grellen Licht der Öffentlichkeit weggeblendet werden sollten, konnten niemanden überraschen, der verfolgt hat, was hierzulande jahrelang als Landesverrat geächtet wurde. Auch wenn die Verhandlung nicht in dem Augenblick abgebrochen worden wäre, als der Oberfemeich Schulz die Minister Geßler und Severing zu belasten anfang — seitdem wurden die Glacéhandschuhe, mit denen er schon vorher angefaßt war, mit einem Samtüberzug versehen —, hätte sie nichts wesentliches zu Tage fördern können, was man nicht ohnehin gewußt hätte. Nicht einmal die Mundtotmachung der Vertreter der Nebenkläger und ihre Bedrohung war ein Weßlingscher Originaleinfall. Niedner hat im „Tscheka“-Prozeß den Verteidiger Samter tatsächlich aus dem Saale bringen lassen, und im Honnefer Prozeß, der augenblicklich unter Bruch des internationalen Londoner Amnestievertrages vor dem Reichsgericht verübt wird, wurde der Verteidiger der — allerdings kommunistischen — Angeklagten, Dr. Obuch, der den Fall seit fast 2 Jahren bearbeitet hat, auf Grund einer Spitzel-Verleumdung mit-samt seinem Sozium von vornherein nicht zur Teilnahme am Prozesse zugelassen. Am allerwenigsten verblüfft das Landsberger Urteil selbst. Hätte man ein andres gewollt, so wäre die Sache als politischer Straffall in Tateinheit mit Hochverrat niemals einem Provinz-Schwurgericht überwiesen worden. Trat doch der wegen Hochverrat verurteilte Major Buchrucker als

Zeuge auf, und was immer in jenen „Arbeitskommandos“ an Schweinereien und Bestialitäten geleistet wurde, gehörte alles zu den Vorbereitungen des Hochverrates, der am 1. Oktober 1923 in Küsttrin unternommen wurde. Dafür aber hat man die Schulz, Klapproth, Fahlbusch, Büsching usw. niemals verfolgt, während einfache Rotgardisten, die, bevor es eine Verfassung gab, an der bayerischen Räterevolution teilnahmen, heute noch, nach 7½ Jahren, im Straubinger Zuchthaus sitzen. Die Räterepublik hat es allerdings gegeben, während eine Schwarze Reichswehr niemals bestanden hat: im Zusammenhang mit dem Landsberger Prozeß hat es sowohl der Richter Weßling als auch der Wehrminister Geßler behauptet, und dann muß es wahr sein. Auch einen Rathenau-Mord scheint es nie gegeben zu haben. Wenigstens behandelt man die Herrschaften, die man seinerzeit noch wegen ihrer Beteiligung an der Tat wohl oder übel einsperren mußte, nicht so übel wie es sich Max Hoelz oder Alois Lindner gefallen lassen müssen. Man weiß nicht einmal, wieviele von ihnen überhaupt noch „büßen“. Jetzt soll ja der Herr Brand in Gnaden freigelassen worden sein; vorher aber hat er sich noch photographieren lassen, wie er, elegant und fröhlich, in Gesellschaft des Herrn Gefängnisdirektors seinen täglichen Morgenspaziergang macht. Von seinem zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Mordkumpan Salomon hieß es schon vor Jahren, dieser Sträfling habe zur Hochzeitsfeier seines Bruders Urlaub erhalten. Wir lasen es in der Festungsanstalt Niederschönenfeld, wo ungefähr um dieselbe Zeit einem Festungsgefangenen der Urlaub zur Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter verweigert wurde. Das Recht des Stärkeren! . . .

Den Nationalisten — Hochverrättern oder Mördern — steht halt in dieser Republik das Recht als der Schwächere gegenüber. An den Kommunisten macht es den Schaden wett. Als die Klapproths mit den Buchruckers und Schulzens das Werk vorbereiteten, der Schwerindustrie die Geschäfte dadurch zu erleichtern, daß sie den Staat in die richtige monarchistische Façon bögen und der Firma den angemessenen schwarzweißroten Anstrich gäben, übten sie die den Arbeitern zugedachte Liebenswürdigkeit des „Hinfunkens“ an ihren Kameraden. Aber ihr Tätigkeit erstreckte sich doch auch schon auf Vorübungen am eigentlichen Objekt ihrer Volkserneuerung. Besonders in Ostpreußen wurden, selbstredend unter dem Schutz der Obrigkeit, Reiterscharen organisiert, die bei Gelegenheit kommunistischen Arbeitern auflauerten und sie mißhandelten. Zugleich wurden riesige Waffenlager eingerichtet. Die Arbeiter wußten das, sie wußten auch, daß Kahr und Hitler in Bayern und ihres Gleichen in Pommern und Ostpreußen dicht vor dem Losschlagen standen. Da sie sich nicht willenlos totschlagen lassen wollten, organisierten einige entschlossene Jugendliche die Abwehr. Es gelang ihnen, ein paar völkische Waffenlager auszumachen, um für die Stunde der Not Verteidigungsmittel zu haben. Der Buchrucker-Putsch kam; der Hitler-Putsch kam, — die jungen Genossen hatten also richtig gesehen. Ihre Waffen haben sie nie benutzt. Die Völkischen, die die Lager angelegt und die Waffen erhoben

haben, sind nicht verfolgt worden. Den Kommunisten aber machte der Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ einen großen Prozeß, zu dem sich Herr Niedner mit seinen Rechtsgehilfen selbst nach Königsberg bemühte. Es gab in dem Königsberger Prozeß keine Nebendelikte wie etwa das besonders beliebte Sprengstoffverbrechen, das — falls nicht grade Nationalsozialisten Bomben werfen — nur mit Zuchthaus geahndet werden darf. Niedner konnte seine Zuchthausstrafen nur auf das Republikenschutzgesetz stützen. Und das tat er auch. Von Abwehr wollte er nichts wissen, die Reiterverbände imponierten ihm nicht. Er nannte die russische Fahne „den roten Fetzen“ und verhängte über den jungen Genossen Delvendahl 7 Jahre, über die andern Angeklagten 6 und 5 Jahre Zuchthaus, begründet mit dem Gesetz „zum Schutz der Republik“. Am 28. Juli 1926 hat der Reichstag beschlossen, aus dem § 7 dieses Gesetzes den Zusatz zu streichen, der für „besonders schwere Fälle“ Zuchthaus vorsieht. Mit diesem Zusatz ist Delvendahls, damit ist Dutzender anderer Proletarier Unglück „rechtlich“ gestützt worden. Die Königsberger Verurteilten haben versucht, jetzt nachträglich die Aenderung ihrer Strafe zu erreichen, von der sie schon Jahre hinter sich haben und die jetzt nicht mehr so verhängt werden dürfte. Vergeblich . . .

Am 20. Juli 1922, am Tage vor der Verkündung der Gesetze „zum Schutz der Republik“ versicherte Dr. Paul Levi vor den Berliner Funktionären der Unabhängigen Partei: „Wir haben starke Garantien dafür, daß die Gesetze gegen rechts angewendet werden und ein Mißbrauch gegen links verhindert wird.“ Wer lacht da? Da lachen Schulz und Klapproth, Niedner und Weßling. Und sie haben das Recht zum Lachen, — das Recht des Stärkeren.

Amnestie — auch in Rußland.

Es ist keine „Hetze gegen Sowjet-Rußland“, sondern leidvolle Pflicht des revolutionären Gewissens, wenn man sich der Kameraden annimmt, die dort im Gefängnis sitzen, weil sie an der Politik der bolschewistischen Partei revolutionäre Kritik geübt haben. Das Verlangen des ganzen internationalen Proletariats nach Amnestierung der politischen Gefangenen, die für den Sieg des Sozialismus gekämpft haben, darf nicht vor den Grenzen Rußlands verstummen. Die Forderung: Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland, Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, heraus mit Sacco und Vanzetti, mit den Opiern Mussolinis! begegnet überall dem zynischen Feixen der Staatserhalter und ihrem Hinweis auf Rußland, wo eine Regierung von Arbeitervertretern, die fast alle selbst einmal vom Zaren nach Sibirien geschickt waren, sich auch nicht anders zu helfen wisse, als indem sie die Gefängnisse mit Sozialrevolutionären, Anarchisten und oppositionellen Kommunisten fülle, die den Ruf „Alle Macht den Räten“ wörtlich genommen haben. All unsre Agitation für die Rote Hilfe wird um einen guten Teil des Erfolges gebracht, die gesamte Atmosphäre des gemeinsamen Kampfes der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft wird vergiftet durch die unfäßbare Starrköpfigkeit der russischen Regierung, die sich, nun volle 9 Jahre an der Macht, noch nicht ein einziges Mal entschließen konnte, wenigstens diejenigen politischen

Gefangenen zu amnestieren, deren Organisationen im Oktober 1917 auf derselben Seite der Barrikade wie die Bolschewiken für den Sieg der roten Fahne ihr Blut verspritzt haben. Wenn sich denn aber schon das gegenwärtige Parteidemokratie zu schwach fühlen sollte, um die Freiheit der Gefangenen und die Heimkehr der revolutionären Emigranten ertragen zu können, so bekenne es sich wenigstens zu dieser Schwäche und lasse die europäische Arbeiterschaft wissen, daß die Argumente der Anarchisten zu stark, dem russischen Arbeiter und Bauern zu überzeugend sind, als daß diese Ideen propagiert werden dürften. Statt dessen streitet man Tatsachen ab, die tausendmal erweislich sind, macht die Solidarität mit den Kameraden zum Arbeiterverrat, peitscht die gläubigen Proletarier gegen die Klassengenossen auf, die Bescheid wissen und stößt diejenigen von sich zurück, denen zufällig einmal doch Beweise vor die Augen kommen. Naive, zur Bewunderung herzlich gewillte Arbeiter fahren mit Delegationen nach Rußland, überall begeistert aufgenommen, und sie wollen alles sehen, um wahrheitsgetreu zuhause berichten zu können. Sicherlich ist es Unsinn zu behaupten, es würden ihnen nur Potemkinsche Dörfer aufgebaut; sicherlich hat das nachrevolutionäre Rußland vieles zu zeigen, wessen es sich ganz und garnicht zu schämen braucht. Aber eins steht fest: in die Gefängniszellen der politischen Gefangenen erhalten sie keinen Einblick, der sie die reine Wahrheit sehen läßt. Das Vereinigte Komitee zum Schutze der in Rußland gefangenen Revolutionäre (Berlin O 34) versendet einen Brief, der am 15. September 1926 von den Sozialisten und Anarchisten des Charkower Gefängnisses Nr. 1 an das Präsidium der All-ukrainischen Zentralkommission der Räte gerichtet wurde. Da wird berichtet, daß am Abend vor dem Eintreffen der 2. deutschen Arbeiterdelegation die politischen Gefangenen gegen ihren Protest unter schlimmsten Mißhandlungen ins Gewahrsam der Tscheka verschleppt wurden, um ein Zusammentreffen mit der Delegation zu verhindern. Die Gefangenen sind zum Protest dagegen in den Hungerstreik getreten. Als kurz nachher eine holländische Delegation das Charkower Gefängnis besuchte und ausdrücklich nach politischen Gefangenen fragte, wurde ihr wahrheitswidrig versichert, es gebe dort keine. Die Delegation deutscher Arbeiterinnen wurde ebenfalls nicht in den Flügel der politischen Gefangenen geführt, obwohl die Gefangenen selbst verlangten, mit den Genossinnen sprechen zu dürfen. Die gefangenen Genossen, die den Brief unterschrieben haben — 7 Anarchisten, 1 linker Sozialrevolutionär, 5 Zionisten-Sozialisten und 4 Mitglieder der Sozialistischen Jugend —, halten nicht zurück mit ihrer Kritik dieses Verfahrens. Erklärbar ist es doch nur aus der Befürchtung, ein Besuch bei den politischen Gefangenen werde bei den Delegierten einen so unschönen Eindruck machen, daß dadurch alle freundlichen Bilder von der Reise durchs gastfreie Sowjet-Rußland verwischt werden könnten. Also schämt sich die russische Regierung, fremden Arbeitern Einblick in die Behandlung der politischen Gefangenen zu geben. Scham ist eine Empfindung anständiger Gesinnung, die vor den eigenen Handlungen Abscheu hat. Mögen die regierenden Genossen in Rußland, die doch keine deutschen Schulmeister sind, die bei aller wissenschaftlichen Strenge der Gedanken und Ueberlegungen außer ihrem ökonomisch geschulten Hirn auch noch die führende Seele haben, die alle seine Dichter dem russischen Volke nachsagen und selbst ihren Spott daran auslassen, — mögen sie die Empfindung der Scham hereinlassen in ihre Köpfe und dort zu der Erkenntnis werden lassen, daß es nicht nur immer moralisch angenehmer, sondern auch praktisch lohnender ist, keine Scham empfinden zu müssen. Geht ihr mit einer großen Amnestie voran, Genossen in Sowjet-Rußland! Hunderttausenden braver revolutionärer Proletarier auf der ganzen Welt wäre die Kehle frei, euch zu grüßen in euerm Bemühen, euer revolutioniertes Land nach euerm besten Wissen und Können

dem Sozialismus entgegenzuführen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen euerm Streben und anderm Denken und Glauben werden fortbestehen, aber ihnen wird der Giftstachel der hassenden Verbitterung genommen sein. Den proletarischen politischen Gefangenen in allen kapitalistischen Staaten aber ginge neue stärkste Hoffnung auf, daß auch für sie die Kerkertore aufspringen werden. Denn die Kraft der Solidarität ihrer Klassengenossen wäre verzehnfacht, wenn kein gespaltenes Gefühl mehr ihre Helferfreude beengt. Den Tag, an dem Rußland seine linken Gefangenen, Verschickten und Emigranten amnestiert, wird das Weltproletariat mit einem Jubel begrüßen, wie ihr ihn, russische Freunde, seit Wrangels Vertreibung nicht mehr vernommen habt. Wartet keinen Gedenktag ab, um mit seiner Feier eine große Geste des Vergehens und Vergessens zu verbinden. Schafft den Gedenktag, den wir ersehnen, durch die Amnestie!

Külz, der Derzeitige.

Als Herr Schiele, der Deutschnationale, den Posten des Reichsinnenministers dieser derzeitigen Republik laut weinend verließ, durften die Demokraten ihn besetzen. Sie wollten ihren bewährten Oberkoch, der schon in Eberts Budike, wo der Noske blaue Bohnen dünstete, die Polizeisuppe dazu angerührt hatte, noch einmal für unser Reichsinnerliches sorgen lassen. Der aber war den bayerischen Kahryatiden der neudeutschen Eintracht viel zu revolutionär, sie klapperte mit dem Porzellan des republikanischen Services, das sie schon mehrmals zertöppert hatten; die Demokraten griffen schleunigst zu dem bei ihnen gebräuchlichsten Porzellangeschirr, zogen den Koch ins Lakaienzimmer zurück, suchten aus ihrem nationalliberalen Ausverkaufsbestand den Külz heraus und setzten den unter dem Willkommenschwenken der weißblauen Taschentücher ihrem Geßler an die Seite. Ein lieber Kerl, dieser Külz, ein schwarzrotgoldiges Männchen. Im Reichstag hat er sich selbst als „derzeitiger Republikaner“ vorgestellt, und seither ist er beflissen, der derzeitigen Republik den Zuschnitt zu geben, den die kommende Monarchie für ihr gewendetes Gewand braucht. Wahrhaftig, einen tüchtigeren Zuschneider wie den Külz hätte niemand finden können, — man sehe sich bloß seine Physiognomie an: wie ausgespien von der Konfektion, um engbrüstigen Republikanern fromme Gesinnung, keusche Sitten und respektvollen Gehorsam anzumessen. Man sollte es ihm garnicht glauben, dem derzeitigen Külz, daß er selbst schon mal zum Tode verurteilt worden ist; nun, er war ja zum Glück nicht dabei, als das französische Gericht sich mit seinen Kriegs-Heldentaten beschäftigte. Welche Greuel er verübt hat, ist mir nicht bekannt. Seine deutschen Landsleute von der schwarzweißbroten, schwarzrotgoldenen und weißblauen Couleur haben sie jedenfalls nicht für so schlimm gehalten, daß dem Külz deswegen das Amt eines Magisters der Deutschen in allen Angelegenheiten der Kultur und Zivilisation nicht sollte anvertraut werden dürfen. Und so sehen wir ihn denn am guten Werke: sein neues Schulgesetz wird dem Nachwuchs das verstellbare Staatsbewußtsein einflößen, das, von frühzeitigem Glaubenseifer angekurbelt, derzeitige Verfassungstreue fördert, um vor unzeitigen Freiheitsbegierden zu schützen; sein neues Vereins- und Versammlungsgesetz wird uns wohlthätig zurückhalten, wenn uns der Drang überkommt, uns mit Gleichgestimmten zusammenzufinden, um etwa eine derzeitige Unzufriedenheit zu vorzeitigen Entschlüssen zu erhitzen, und wird wie in hohenzollernzeitigen Tagen die Faust des Schutzmanns zwischen die Zähne der Volksredner setzen; sein Schmutz- und Schundgesetz endlich wird den Index schaffen, der aus dem derzeitigen Republikaner den ewigen Normalbürger macht, wird den Proletarier ans Traktätchenlesen gewöhnen und die Dichter

und Denker der derzeitigen Kütz-Republik in Chorknaben der Bruderschaft zu den gottgewollten Abhängigkeiten verwandeln. Wir wollen dem derzeitigen Kütz bestätigen, daß er mit all diesen Gesetzen nicht mehr viel an den derzeitigen Zuständen in der deutschen Republik ändern wird; ihres Geistes verspüren wir längst täglich mehr als einen Hauch. Tatsächlich Wandel schaffen wird unser Kütz erst mit seinem Plan, den derzeitigen Republikanern wieder das Tragen der lang und schmerzlich entbehrten Orden und Ehrenzeichen zu gestatten. Zwar hat Walter Scott einmal geschrieben: „Orden sind Bande, die Schurken ersonnen haben, um Narren damit zu fesseln“, — aber der ist schon fast 100 Jahre tot. Unter den derzeitigen Kützen sind solche Unehreerbetigkeiten nicht mehr am Platze: da wird das Schmutz- und Schundgesetz schon abhelfen.

Der Geist von Locarno.

Er lebt noch, der Geist von Locarno; er ist springlebendig. In Genf ist er beobachtet worden, nachher ist er in Thoiry aufgetaucht und dann in Romsey. Inzwischen sah man ihn in Wien, wo ihn ein paneuropäischer Kongreß schaukelte, und im Berliner Reichstagsgebäude schnullte er unter dem Namen europäische Verständigung an den Brüsten der Professoren Schücking und Kahl. Außerdem machte er ein Wirtschaftsmanifest in die Windeln, wobei er die Einengungen des europäischen Handels, die Tarifbarrieren, Speziallizenzen und die Verbote der Friedensverträge naß machte. Aber die Industriellen ärgerten sich über die Börsenkapitalisten, die den Geist von Locarno bei dieser Verrichtung abgehalten hatten und konnten allerdings ihrerseits auf die großen Geschäfte hinweisen, die von seinem gesunden Stühlgang in Gestalt des Eisenpaktes, des Kali-Abkommens und des Kupferkartells Zeugnis ablegen. Eine leichte Darmverstopfung zeigt sich beim Geiste von Locarno nur auf seiner Fahrt zwischen Frankreich und Italien. Mussolini scheint ihn nicht sehr zu lieben, und wenn es dem Lockspitzel Garibaldi gelungen wäre, den katalonischen Aufstand und damit eine dauerhafte spanisch-französische Magenverstimmung ins Werk zu setzen, dann hätte der Geist von Locarno an seiner Gesundheit schweren Schaden nehmen können. So ist es bei einem ungefährlichen Aufstoßen geblieben, das lokal behandelt wird: in Frankreich mit Verhaftungen spanischer Revolutionäre, die den lieben Nachbarn als Medizin zum Hinrichten ausgeliefert werden sollen, und in Italien mit Blut- und Prügelkuren an den nichtfaschistischen Arbeitern. Dabei leidet der Geist von Locarno weiter keinen Schaden.

In unserer süßen deutschen Republik fühlt er sich ganz und gar zu Hause. Da strampelt er in den Armen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, quietscht nach dem Achtstundentag und erhöhter Erwerbslosen-Unterstützung und schmeichelt dem Kapital, das so etwas nicht hören mag, wenigstens die stille Koalition ab, in der die Sozialdemokraten das Recht bekommen, zu allem Ja zu sagen, woran sich Kapital, Kirche und das Haus Hohenzollern erfreut.

Die Völker der Erde teilen sich bekanntlich ein in Deutsche, Ausländer und Bayern. In der Heimat der Gamsbärte und der Wittelsbacher bemüht sich der Geist von Locarno mit nur geringem Erfolge um ein Obdach. Jetzt will der preußische Erbfeind schon wieder mit einem Finanzausgleich kommen, der die letzten Reste bayerischer Eigenstaatlichkeit ausrotten soll. Der Held, der, aus preußisch Hessen gebürtig, die bayerische Eigenart erfunden hat, schmiß gleich die Tarockkarten auf den Tisch, trumpfte noch schnell mit Schellensau auf und drohte mit einer Partie 66. Weildessen hat aber der Geist von Lo-

carno den Heldprokuristen in der Reichsregierung, den Post-Stingl, umschattet, und die Bayern müssen jetzt, wenn sie Protestbriefe nach Berlin schreiben wollen, hinten am Großpreußen und Katholikenfeind Fridericus lecken. Zum Glück sind aber die Bajuwaren von alters her ein festfreudiges Volk, das sich über jeden vaterländischen Gram mit einer ebenso vaterländischen Gaudi hinwegzutrösten weiß. Dem Bedürfnis, den ganzen Aerger der letzten Zeit mitsamt dem Bier, womit er hinuntergespült wurde, loszuwerden, ist man jetzt sinnig durch den Bau einer Bedürfnisanstalt entgegengekommen, die am 15. November am Odeonsplatz in München feierlich in Betrieb genommen wurde. Am Tage vorher fand die Besichtigung durch Behörden, Presse und eingeladene Gäste statt. Aus welchem Wittelsbach die Einweihungs-Berieselung erfolgte, geht leider aus den Festberichten nicht hervor, Hinter den Ehrengästen aber hatte sich der Geist von Locarno in das schmucke Etablissement eingeschlichen; er gedachte seiner ersprießlichen Windel-Tätigkeit, sog würzige Hoffnung ein und freute sich.

Deutschland braucht Kolonien.

In Westjava ist ein Aufstand ausgebrochen, der, wie es scheint, starke Ausdehnung angenommen hat. Ueber die letzten Anlässe der Revolte ist noch nichts bekannt. Ein Urteil darüber, ob die Bewegung als eigentliche Revolution mit dem Ziel der endgültigen Befreiung der Einwohner von der niederländischen Sklaverei aufzufassen ist oder nur gegen die Methoden der Sklavenhalter den Verzeiilungsakt der gewaltsamen Abwehr setzt, ist noch nicht möglich, ebenso wenig darüber, ob ein Zusammenhang mit der großen nationalrevolutionären Erhebung in China besteht. Da ich es nicht für die Aufgabe eines revolutionären Chronisten halte, sich als Alleswisser aufzuspielen und jedes Weltereignis noch vor Sichtbarwerden der ersten Auswirkungen mit geschwollenen Salbadereien zu betropfen, so begnüge ich mich mit dem Ausdruck der Freude, daß wieder ein infam geknechtetes Volk, von dessen Peinigung durch die Kaffeemagnaten Multatuli in „Max Havelaar“ ein erschütterndes Bild gemalt hat, die Glieder reckt.

In Deutschland wird zur Zeit ein tolle Agitation entfaltet, die die Zuerkennung von Kolonien durch den Völkerbund bezweckt. Deutschland kann im eigenen Lande über 2 Millionen Proletariern keine Arbeit geben; die übrigen Millionen, die die Arbeit der Erwerbslosen mit verrichten müssen, bekommen dafür durchschnittlich 60 pCt. des Reallohns der Vorkriegszeit. Was die holländischen Plantagenbesitzer in Java treiben, treiben also die deutschen Unternehmer im eigenen Lande. Deutschland braucht keine Kolonien, — Deutschland braucht Javaner!

Verdorben — gestorben.

Paul Lensch ist gestorben. Erst Korpsstudent, dann linker Sozialdemokrat, im Kriege Umlerner, nachher Chefredakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung und Stinnes' theoretischer Leibfuchs, schließlich freier Mitarbeiter an der deutschen Arbeiter-Knebelung. Lensch war Marxist und ist es bis zu seinem Tode geblieben. Er bewies historisch-materialistisch, daß der Weltkrieg in die Reihe der Klassenkämpfe gehörte: Deutschland spiele dabei die Rolle des Proletariats, das sich die Fesseln des ausbeuterischen britischen Imperialismus vom Leibe schüttle. Stinnes stellte mit Vergnügen sein Hauptorgan zur Verfügung, um der Schwerindustrie die Zweckmäßigkeit der marxistischen Lehre für ihre Geschäftsinteressen zu beweisen. Uebrigens wich die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung nicht

wesentlich von der des andern Marxistenblattes, des Vorwärts, ab. Menschlich war Paul Lensch seinen bei der Sozialdemokratie zurückgebliebenen Gesinnungsgenossen vorzuziehen. Er narrete, als er sich von den Industriellen engagieren ließ, die Arbeiter nicht länger mit dem Schwindel, als ob er noch Sachwalter ihrer Angelegenheiten wäre. Jetzt ist er tot; — das ist nicht wichtig.

Soeta laureatus.

Lied des Leiermanns.

Ein Orgelmann leiert am Straßenrand,
er rasselt mit seinen Prothesen:
Ich gab meine Beine dem Vaterland;
ich bin ein Kriegsheld gewesen.
Zuhause ließ ich die Kinder, das Weib,
die hungerten sich den Skorbut an den Leib; —
ich brüllte gereimte Gesänge
und kämpfte im Schlachtengedrange.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an —
mich haben die Dichter begeistert,
sie haben das Hirn mir verkleistert,
daß ich jetzt mit den Kunstbeinen rasseln kann. —
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Hurra, ich kann singen auch ohne Bein
und orgeln zu Dichters Reimen.
Drum sollen sie auch Akademiker sein
und den Geist des Vaterlands leimen.
Was ich hatte, das stahl mir die Inflation,
und der Hauswirt schluckt meine Krüppelpension,
ich dreh meinen Leierkasten
und üb' mich in Frieren und Fasten.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an.
Wenn die Dichter nur werkeln am Staate,
dann freut sich ein tapfrer Soldate
noch als bettelnder Leierkastenmann.
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Das Leben der Dichter ist immer ein Fest,
besonders der Prominenten.
Sie singen vom Mond, von der Frau, vom Inzest,
da schmecken den Reichen die Renten.
Und macht ein Poet als Prolet sich gemein,
dann sperrt man ihn rechtens ins Zuchthaus ein.
Er braucht ja den Staat nur zu loben, —
dann wird er vom Staate erhoben.
Doch das macht nichts, das tut nichts, das kommt nicht drauf an.
Wir preisen die Republike
mit Versen teils, teils mit Musike.
Der Dichter reimt's erst, ich orgle es dann:
Ein Hoch der Poesie! Es lebe das Genie!
Immer rein, immer rein in die Akademie!

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, 7. Dezember: Gen. REINHOLD BUSCH über „Marxismus — Anarchismus.“

Donnerstag, 9. Dezember: Gen. BERTHOLD CAHN über „Rationalisierung und Arbeiterklasse.“

Donnerstag, 16. Dezember: Gen. AUGUSTIN SOUCHY über „Die internationale anarchistische Bewegung.“

Donnerstag, 23. Dezember: Gen. HERBERT WEHNER über „Gustav Landauer.“

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an Gustav Lübeck, Neukölln, Ziethenstr. 10 IV

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Die politische Monatszeitschrift für den klassenbewußten Arbeiter

Bezugspreis: vierteljährlich 60 Pfennige.

Aus dem Inhalt des November-Hefes:

DEHMS: „Der Jugend zum 9. November“ — Maria HODANN: „Hat die Jugend eine politische Aufgabe?“ — KUMLEBEN: „Arbeiterkinder und höhere Schulen in Hamburg“ — RODE: „Solingen“ — HINZE: „Studienfahrt ins Dorf“.

Probehefte kostenlos durch

N. HINKEL, Schlüchtern, Bez. Kassel

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Früher „DER RING“

ist das Organ des Fysiokratischen Kampfbundes
und des Ringes der revolutionären Jugend.

Die Paralyse des Abendlandes droht, auch die Politik der Arbeiterbewegung zu zersetzen. Die alten Dogmen haben ihre Werbekraft verloren, die praktischen Auswirkungen waren anders, als man auf Grund der alten theoretischen Erkenntnisse erwartet hatte. Die bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats ist nur durch eine Neuorientierung auf theoretisch-revolutionärem Gebiete zu erreichen. Die fysiokratische Gesellschaftstheorie bildet den letzten Schritt auf dem Wege des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Aus ihr die revolutionären Konsequenzen zieht

„DIE NEUE ARBEITER-POLITIK“

Man fordere kostenlos Werbehefte (Giordano Bruno, Karl Liebknecht, Heinrich Lersch, Bakunin, Bergarbeiterstreik, Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft) vom

RING-VERLAG, WINDISCHLEUBA I. THÜR.

Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsweg 33

Lest wenig,
aber

DIE WELTBÜHNE

Der Schaubühne XXII. Jahr

Wochenschrift für Politik, Kunst
und Wirtschaft

Herausgeber: Siegfried Jacobsohn
Probenummer kostenlos

Deutsche Wirtschafts- führer

von Felix Pinner
15., sehr erweiterte Auflage
Preis gebunden 5 Mark

DIE GROSSE ZEIT DER LÖGE

von
Hellmut v. Gerlach
Preis kartoniert 2 Mark

Verschwörer und Fememörder

von Carl Mertens
Preis kartoniert 2 Mark

Verlag der Weltbühne, Postscheckkonto Berlin 119 58